



## **A2**

# **Die Zeit drängt - Kommunale Altschuldenregelung jetzt!**

**Antragsteller: OV West**

**Adressat:       NRWSPD**  
**Landtagsfraktion**  
**Bundestagsfraktion**

---

Die Vollversammlung möge beschließen:

1 Die Parteigliederungen und Parlamentsfraktionen auf Ebene des Landes und Bundes  
2 werden aufgefordert, die durch den Bundesparteitag beschlossene Forderung nach  
3 einer kommunalen Altschuldenregelung zügig umzusetzen und einzufordern. Das  
4 Zeitfenster für eine finanzierbare und angemessene Regelung durch Bund und Länder  
5 schließt sich infolge der wirtschaftlichen Entwicklung. In NRW sollte – wie bereits in  
6 Rheinland-Pfalz geschehen – ein breites Bündnis der demokratischen Parteien im  
7 Landtag diesen Prozess beschleunigen. Die NRWSPD sollte hierzu die Initiative  
8 ergreifen und ein entsprechendes Angebot zur Unterstützung und Mitgestaltung an die  
9 Regierungsfractionen von CDU und Bündnis'90/DIE GRÜNEN richten. In gleicher  
10 Weise sollte die Bundesregierung diese Beteiligung seitens der CDU im Bund einfordern  
11 und ermöglichen.

12

13 Begründung:

14 Der Stärkungspakt Stadtfinanzen hat in NRW gewirkt. Er wurde von einer breiten  
15 Mehrheit im nordrhein-westfälischen Landtag ermöglicht und beweist, dass es wichtig  
16 ist in zentralen Zukunftsfragen einen Konsens unter den demokratischen Parteien zu  
17 suchen und zu ermöglichen. Leider hat es seit 2017 keine Bewegung mehr in der Frage  
18 der Unterstützung der Kommunalfinanzen durch die Landesregierung gegeben. Die  
19 zugesagte Landesregelung für eine Altschuldenhilfe wurde nicht vorgelegt. ~~Mit der~~ Die  
20 **Ankündigung von Bundeskanzler Olaf Scholz, eine Regelung auch mit Hilfe des Bundes**  
21 **zu ermöglichen, hat Bewegung in die Debatte gebracht.** Es ist nun an der Zeit zu  
22 handeln. Der Ankündigung der neuen Landesregierung müssen schnell Taten folgen,  
23 da ansonsten wertvolle Zeit verloren geht. Weiteres Zuwarten verteuert eine Lösung der  
24 Altschuldenfrage unnötig. Deshalb ist es notwendig nun alle demokratischen Parteien  
25 im Landtag und im Bundestag aufzufordern, an einer gemeinsamen Lösung zu arbeiten



26 und diese zügig umzusetzen. Das kann gelingen, indem die NRWSPD als  
27 Oppositionspartei der Landesregierung ihre konstruktive Mitarbeit in dieser Frage  
28 anbietet. Dies kann weiter dadurch gelingen, dass die Bundesregierung die  
29 demokratischen Oppositionsparteien im Bundestag in die Pflicht nimmt, die kommunale  
30 Altschuldenregelung frei von taktischen Erwägungen oder parteipolitischen Kalkül zu  
31 ermöglichen. Die Kommunen haben Hilfe verdient. Ohne eine Entlastung und eine  
32 auskömmliche Finanzierung wird es ihnen nicht möglich sein, die Herausforderungen  
33 der gegenwärtigen Krisen zu bewerkstelligen und die erforderlichen Investitionen in die  
34 Zukunft kommunaler Infrastruktur zu leisten. Die gesellschaftliche und wirtschaftliche  
35 Zukunftsperspektive entscheidet sich in den Kommunen. Dafür muss die kommunale  
36 Selbstverwaltung wieder gestärkt werden.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen: